

Die Presse, 14. Mai 2003

ANALYSE

Am Runden Tisch zerrinnt die Reform

Viele Teilnehmer, viele Positionen – und keine Idee, was rauskommen soll

Der Runde Tisch zur Pensionsreform gilt als fix: Doch wollte man alle bekannten Positionen berücksichtigen, bliebe nichts mehr über.

VON FLORIAN ASAMER
UND FRANZ SCHELLHORN

Rund soll er sein – der Tisch, an dem Regierung, Opposition, Sozialpartner und Ländervertreter unter der Leitung von Bundespräsident Thomas Klestil über die geplante Pensionsreform debattieren sollen. Was symbolisiert, dass allen Anliegen dieselbe Bedeutung beigemessen werden sollen.

Darüber hinaus steht freilich nur fest, dass nichts rauskommen kann. Die Positionen der Teilnehmer sind so konträr, dass ein Kompromiss das zentrale Ziel „Sicherung des Pensionssystems“ gefährden würde.

Schon rein formal ist der geplante „Runde Tisch“ ungeeignet, über komplexe Details zu verhandeln. Bei angenommenen 20 bis 30 Teilnehmern vergehen schon Stunden, bis jeder seine – in vielen Fällen ohnehin bekannte – Position vorgebracht hat. Verhandlungen sind bei der Zahl der Teilnehmer so gut wie ausgeschlossen. Dazu kommt noch das belastete Verhältnis Klestil – Schlüssel. Schwer vorstellbar, dass sich der für die Pensionsreform verantwortliche Bundeskanzler vom Staatsoberhaupt das Wort erteilen und entziehen lässt.

Doch die Analyse der inhaltlichen Positionen lässt diese organisatorischen Schwierigkeiten in den Hintergrund treten. Schon die Positionen der beiden Regierungsparteien, die die Reform am 4. Juni im Nationalrat beschließen sollen, passen nicht zueinander. Die VP-Regierungsriege will das vorliegende Papier im Wesentlichen unverändert beschließen. Nur Fritz Neugebauer, Chef der Beamtengewerkschaft, will den Entwurf nicht mittragen.

Die Position der FPÖ wird von Tag zu Tag unklarer. Zuletzt stellten der Kärntner Landeshauptmann Jörg Haider und der Dritte Nationalratspräsident Thomas Prinzhorn Forderungen auf, die das Regierungspapier konterkarieren. So verlangt Haider, die Steigerungsbeträge nicht wie im Regierungsentwurf vorgesehen von 2 auf 1,78 abzusinken. Die Steige-

rungsbeträge werden mit den Versicherungsjahren multipliziert. Das Ergebnis bestimmt die Höhe der Pension gemessen am letzten Aktivbezug (also etwa 40 Versicherungsjahre multipliziert mit zwei ergeben 80 Prozent Pension oder eben nur 71,2 – beim Faktor 1,78).

„Billige Lizitationspolitik“

Nach Ansicht des Pensionsexperten Bernd Marin gleicht dieser Vorschlag einer „billigen Lizitationspolitik“. So hätten bereits SPÖ und Arbeiterkammer einer Rückkehr zum bis vor wenigen Jahren geltenden Faktor 1,78 zugestimmt. Einiges abgewinnen kann Marin allerdings der Prinzhorn-Forderung, wonach Bezieher von Mindestpensionen, die in den nächsten fünf Jahren in Pension gehen werden, durch die Pensionsreform „keinen Cent“ verlieren dürften.

Generell finanzielle Einbußen durch die Pensionsreform zu beschränken, sei aber umstritten. Dies hätte zur Folge, dass jene Pensionisten, die nichts verlieren sollten, trotzdem verlieren und Bezieher von Spitzenpensionen nur minimale Einbußen zu befürchten hätten.

Bereits jetzt schmilzt das Einsparungspotenzial dahin. Sollte die Steigerung der Pensionszuschüsse des Bundes bis 2006 ursprünglich noch um eine Milliarde Euro sinken, sind es nach den von der Regierung beschlossenen „Abfederungen“ nur noch 625 Millionen Euro. Wieviel die aktuellsten FP-Forderungen kosten, kann derzeit noch niemand exakt beziffern.

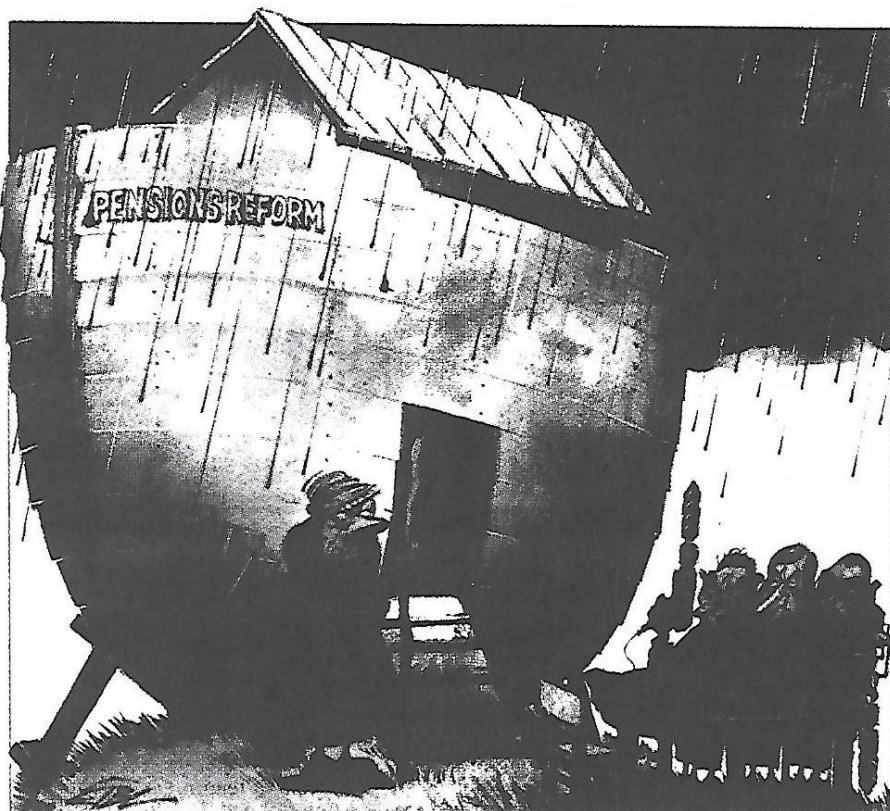
Marin ist allerdings davon überzeugt, dass die angepeilte Einsparung von einer Milliarde Euro bis 2006 noch erreichbar ist. „Man müsste nur das individuelle Beitragskonto einführen“, so Marin. Was heißen will, dass vor allem jene künftigen Pensionsbezieher verlieren werden, die wenig einbezahlt haben, aber hohe Pensionsansprüche erwarten. Wie etwa Politiker, Kammerfunktionäre oder Eisenbahner.

Doch die Differenzen zwischen den Koalitionspartnern sind nur die Spitze des Differenzen-Berges. Denn das SP-Pensionsmodell will die Reform von einem Rückgang der Arbeitslosigkeit abhängig machen. Erst dann soll das Pensionsalter schrittweise auf 65 Jahre angehoben werden. Die Abschaffung

der Frühpension soll 2010 angegangen werden. Die von den Sozialpartnern verlangte Verschiebung auf Herbst nimmt sich dagegen eilig aus. Die Grünen wollen eine Grundsicherung unabhängig von der Erwerbsbiografie.

ÖGB und Wirtschaftskammer wiederum wollen bis Herbst ein gemeinsames Modell vorlegen. Für den „Runden Tisch“ kann das nur heißen, dass sich die Mitarbeit auf eine Ablehnung der vorgelegten Vorschläge beschränken dürfte. Die Forderungen der Gewerkschaft stammen aus dem Oktober des Vorjahres und sind eher vage. Finanziert sollen die Pensionen nämlich über höherer Beitragssätze für Selbstständige, die „kostendeckende Finanzierung der Ersatzzeiten aus den jeweilig sachlich zuständigen Budgettöpfen“ sowie die Beibehaltung des Systems der Umlagenfinanzierung werden.

Dazu kommt noch die Skepsis der Ländervertreter: Sie verlangen weitere Abfederungen, etwa weil der Wahlkampf naht, oder weil sie (durch zunehmende Härtefälle) ein Anwachsen ihrer Sozialkosten fürchten.



[Karikatur: Eibl]